

AUSGABE VOM 30. JANUAR 2021

## Zukunftsperspektiven für unsere Innenstädte

Die NRW-Landesregierung plant eine Innenstadtoffensive, um den durch die Coronakrise gebeutelten Stadtzentren unter die Arme zu greifen. Bauministerin Ina Scharrenbach betonte am Dienstag auf dem digitalen Innenstadtgipfel, Ziel sei es, alle Kräfte zu bündeln, um Zukunftsperspektiven für die Innenstädte zu entwickeln. Der Vorstoß wurde sowohl von Kommunen als auch von Handelsverbänden und Unternehmen unterstützt.

Lob bekam die Initiative von CDU-MdB Karsten Möring: „Davon profitiert auch unser Köln. Wir müssen die Verödung der Zentren stoppen. Der Bund fördert lebendige Zentren durch ein neues, mit 25 Millionen Euro dotiertes Programm. Jetzt gilt es, die Umsetzung aller Initiativen zu verknüpfen und zu forcieren.“

## Bundestag gedenkt der Opfer des Nationalsozialismus

In diesem Jahr feiern wir 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland. Vor diesem Hintergrund hat der Bundestag den Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus begangen. Bundestagspräsident Schäuble nannte es ein „unglaubliches Glück“, dass nach den Schrecken der Shoah jüdisches Leben in Deutschland wieder möglich sei.



Die Holocaust-Überlebende Charlotte Knobloch setzte sich in ihrer bewegenden Gedenkrede mit dem „jüdischen Leben in Deutschland“ auseinander. (Foto: Privat)

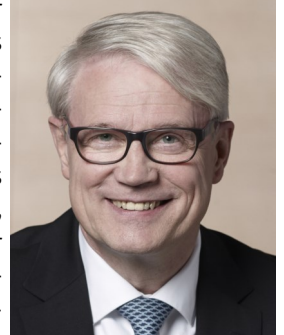
„Deutschland ist für Juden wieder eine gute, mit Hoffnungen verbundene Heimat“, sagte Gastrednerin Charlotte Knobloch: „Wir dürfen stolz sein auf unsere Bundesrepublik.“ Der Tag des Gedenkens für die NS-Opfer wurde vor 25 Jahren von Bundespräsident Herzog eingeführt. Er fällt auf den 27. Januar, den Tag, an dem 1945 die Überlebenden des KZ Auschwitz von der Sowjetarmee befreit wurden.

Schäuble erinnerte daran, dass Juden am Rhein lebten, lange bevor es Deutschland gab. Sie seien „Teil der deutschen Geschichte“, der hellsten Kapitel wie der dunkelsten. Juden hätten das Leben auf vielfältige Weise bereichert. Doch nach dem Menschheitsverbrechen der Nazis, ihrem Versuch, jüdische Geschichte aus der Historie zu tilgen, schien es, als sei jüdisches Leben in Deutschland künftig unmöglich. Eine Deutsche, die wesentlich daran mitgewirkt habe, ein neues deutsch-jüdisches Selbstbewusstsein aufzubauen, sei Charlotte Knobloch.

In bewegenden Worten berichtete die 1932 in München geborene Knobloch von der Großmutter, die in Theresienstadt ermordet worden war, und dem Vater, der schwer gezeichnet von Zwangsarbeit überlebte und sich nach 1945 für den Wiederaufbau der jüdischen Gemeinde in München engagierte. Als Teil der jüdischen Gemeinschaft habe sie versucht, „aus dem Überleben ein Leben zu formen“, das geprägt gewesen sei von Trauer, Schmerz und Wut, aber: „Heimat ist Heimat.“ Das habe sie in Deutschland gehalten.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

es hat mich sehr berührt, als Charlotte Knobloch in der Feierstunde unseres Parlaments daran erinnerte, dass ihr Vater auch als dekoriertes Frontsoldat nicht von Verfolgung verschont blieb - und dass er sie trotz alledem die Liebe zu Deutschland lehrte. „Ich stehe als stolze Deutsche vor Ihnen“, sagte sie. Wann hat das zuletzt jemand so überzeugend im Deutschen Parlament gesagt. Patriotismus und Antisemitismus oder Rassismus schließen sich aus. Denn ein Patriot ist man nicht, nur weil man die deutsche Fahne schwenkt. Von „unserem Land“ spricht Charlotte Knobloch, auf das wir aufpassen sollen und das Gott schützen möge. Wahre Worte, die sich an jeden von uns richten.



An Gedenktagen wird stets Verantwortung angemahnt, und der Bundestagspräsident hat Recht wenn er fragt, ob wir ihr auch gerecht werden? Auch bei uns zeigen sich Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit wieder offen, hemmungslos, auch gewaltbereit.

Wir dürfen stolz sein auf unsere Bundesrepublik, und werden sie wehrhaft verteidigen, so bringt es Knobloch in ihrer Rede auf den Punkt. Das Band, das alle verbindet, darf nie wieder zerschnitten werden. In diesem Sinne möchte ich mit Unterstützung der Kölnerinnen und Kölner weiter mit aller Kraft arbeiten.

Bleiben Sie gesund und behütet!

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I



### Modernisierung des Personenbeförderungsrechts

In erster Lesung hat der Bundestag am Freitag das Gesetz zur Modernisierung des Personenbeförderungsrechts beraten. Es geht um die Einführung neuer, digitalbasierter Geschäftsmodelle und um die Bewahrung klassischer Mobilitätsformen wie insbesondere das Taxigewerbe. Mit der Einführung sogenannter Linienbedarfsverkehre und gebündelter Bedarfsverkehre im Berufsverkehr soll das System des öffentlichen Personennahverkehrs flexibler auf zukünftige Anforderungen reagieren können. Spezielle Regelungen zum Taxen- und Mietwagenverkehr sollen diese unterschiedlichen Beförderungsmöglichkeiten sinnvoll gegeneinander abgrenzen. Länder und Kommunen erhalten entsprechende Steuerungsmöglichkeiten. Der Gesetzentwurf beruht auf den Ergebnissen einer von Verkehrsminister Andreas Scheuer eingesetzten überparteilichen Findungskommission mit Vertretern aus dem Bundestag und den Ländern.

CDU-MdB Karsten Möring: „Es ist dringend notwendig, das Personenbeförderungsrecht an die Veränderungen im Zuge des digitalen Wandels anzupassen. Den Gesetzentwurf werden wir im Sinne eines fairen Ausgleichs zwischen den unterschiedlichen Personenbeförderungsarten Taxi und Mietwagen in den weiteren Beratungen nochmals auf Herz und Nieren prüfen. Wir haben das bereits im Koalitionsvertrag vereinbart.“

### Wahlbewerberaufstellung unter Corona-Bedingungen

Die Aufstellungsversammlungen für die Benennung der Bundestagskandidaten in den Wahlkreisen und die Festlegung von Landeslisten werden bisher in größeren Versammlungen der Parteien bestimmt. Teilweise sind sogar alle Mitglieder der Partei im Wahlkreis stimmberechtigt. So wird es beispielsweise in der Kölner CDU gehandhabt. In Zeiten von Einschränkungen durch die Coronapandemie ist das in vielen Wahlkreisen aber ein Problem. Deshalb hat der Bundestag eine Verordnung des Bundesinnenministeriums gebilligt, in der besondere Regelungen für die kommende Bundestagswahl festgelegt werden.

Danach können die Landesverbände entscheiden, Kandidatenaufstellungen auch ohne Präsenzversammlungen vorzunehmen. Dies gilt sowohl für die Wahl von Wahlkreiskandidaten als auch für die Aufstellung der Landesliste. Kandidatenvorschläge, ihre Vorstellung und Befragung können danach sowohl digital als auch schriftlich erfolgen. Lediglich die Schlussabstimmung über einen Wahlvorschlag muss durch Briefwahl oder Urnenwahl erfolgen, auch miteinander kombiniert oder an verschiedenen Orten. Alle anderen Regeln des Bundeswahlgesetzes und der Bundeswahlordnung bleiben gültig. Die Kölner CDU muss sich demnächst entscheiden, wie sie ihre Kandidaten bestimmen will, entweder durch Anwendung dieser Ausnahmeregelungen oder wie bei der Aufstellung der Kommunalwahlkandidaten in einer großen Messehalle.

### Neue Vorschriften für Großfeuerungsanlagen

Der Bundestag hat am Donnerstag schärfere Emissionsgrenzwerte für Großfeuerungs-, Gasturbinen- und Verbrennungsmotoranlagen und für die Mitverbrennung von Abfällen in Zementwerken beschlossen. Was so technisch klingt dient dem Ziel, die Emissionen bestimmter Luftschadstoffe, vor allem des gefährlichen Quecksilbers, weiter zu verringern und die Emissionsminderungsverfahren auf den Stand der Technik zu bringen. Die werden von der EU ermittelt und vorgeschrieben.



CDU-MdB Karsten Möring begrüßt in der Bundestagsdebatte am Donnerstag die Ziele des Bundes zur weiteren deutlichen Reduzierung der Emissionen bestimmter Luftschadstoffe bei Großfeuerungsanlagen. (Foto: Privat)

„Die neuen Grenzwerte entsprechen dem Stand der Technik und den europäischen Vorgaben. Das hat die Anhörung von Sachverständigen im Umweltausschuss ergeben,“ begründete Kölns CDU-MdB Karsten Möring, der als zuständiger Sprecher der Unionsfraktion in seiner Rede Kritik der Linken und Grünen zurückwies. Die hatten unter Berufung auf ihren Sachverständigen weitere Verschärfungen verlangt. Diese seien allerdings teilweise technisch nicht möglich, teilweise stünde der Aufwand in keinem Verhältnis zum Nutzen, vor allem wegen der anstehenden Stilllegungen zahlreicher Kraftwerke. Durch Kostensteigerungen einen früheren Ausstieg aus der Stromproduktion durch Kohlekraftwerke zu provozieren, gefährde unsere Versorgungssicherheit wie sich Anfang des Jahres gerade gezeigt habe, warnte Möring.

#### Impressum:

Ausgabe Nr. 69 der 19. Wahlperiode  
30. Januar 2021  
Herausgeber:  
Bundestagsbüro Karsten Möring  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-77611  
Email:  
karsten.moering@bundestag.de  
Redaktion/ V.i.S.d.P:  
Karsten Möring MdB/Harald Häßler/  
Dr. Jürgen Reuter

